

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Vormerkung: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2456 — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 33 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einschluss 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsangelegenheiten, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Beziehungslisten der Staatsschuldenverwaltung, Holzplanken-Verkaufslisten der Staatsforstverwaltung.
Verantwortlich für die Redaktion: Oberregierungsrat Hans Bied in Dresden.

Nr. 139

Dresden, Mittwoch, 18. Juni

1930

Bedenkliche Auswüchse des politischen Kampfes.

Berlin, 18. Juni.
Nachrichten über politische Zusammenstöße laufen fort ununterbrochen aus den verschiedensten Teilen des Reiches ein. U. a. sind folgende Fälle zu erwähnen: In Weiskirchen (Provinz Sachsen) kam es am Freitag zu Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der nationalsozialistischen Versammlung in Teuchern zu Zusammenstößen zwischen den Nationalsozialisten und Kommunisten, die in Stärke von etwa 500 Mann herangelommen waren. Es entspann sich eine Straßenkämpfe, in der acht Personen schwer verletzt wurden.

In Karlsruhe wurden in der Nacht zum Dienstag Nationalsozialisten in der Turlager Allee von Kommunisten, die in großer Zahl anwesend, plötzlich überfallen. Bei dem Zusammenstoß wurde ein Nationalsozialist, Gummihändler und Eisenhändler getötet, ein anderer Nationalsozialist wurde durch einen Steinwurf in den Kopf erheblich verletzt. — In Mannheim kam es bei einem Umzug des Reichsbanners auf dem Friedhof zu einem Zwischenfall, wobei ein Nationalsozialist durch einen Stein in den Rücken und ein weiterer Nationalsozialist durch einen Faustschlag am rechten Auge verletzt wurden.

Zur Bekämpfung des Roubidiums von rechts und links hat laut „Voss Zeitung“ der Reichsjustizminister Dr. Brüderl an alle deutschen Landesverwaltungen einen Erlaß gerichtet, der hat angeordnet, die Landesbehörden vorzubehalten, welche die Rechte und Staatsgewalt zu halten und gegen die Kommunisten vorzugehen und zwar am besten durch eine Verfolgung, die der für die Erfüllung der Pflichten des Reichsbanners entspricht.

Ein Autobus beschossen.

Berlin, 18. Juni.
In der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr spielte sich im Stadtteil Reinickendorf ein merkwürdiger Vorfall ab, bei dem vier Personen mehr oder weniger schwere Verletzungen davontrugen. Um die angegebene Zeit hatte ein Autobus an der Zielstation etwa fünfzehn Personen aufgenommen, die nach ihrer Unterbrechung zu schließen zum Teil der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei angehörten. Wenige Augenblicke nachdem sich der Autobus in Bewegung gesetzt hatte, wurden aus einer Gruppe von Leuten, die ebenfalls an der Zielstation standen, acht Revolverkugeln auf den noch in langsame Fahrt befindlichen Autobus abgegeben und drei kleine Geschosse durch den Hinterrand der Bänke durchdrungen. Infolge der Verletzungen und des Mirrors der zerstückelten hinteren Bänke demütigte sich der Fahrgast der Panik. Hierbei erlitten drei der Fahrgäste durch Schüsse schwere Verletzungen. Während ein weiblicher Fahrgast durch einen Stein getroffen worden und hatte blutende Wunden erlitten, sämtliche Verletzte wurden nach dem Reinickendorfer Krankenhaus gebracht und erhielten dort die erste Hilfe. Die drei Schwerverletzten nahmen im Krankenhaus Verbleiben. Die Ältere waren gefährlich und konnten leider nicht errettet werden.

Die deutsche Sprache im schlesischen Sejm nicht zugelassen.

Kattowitz, 18. Juni.
In der gestrigen Plenarsitzung des schlesischen Sejm wurde zunächst die Geschäftsordnung mit einer geringen Majorität angenommen, da sich der Deutsche Klub der Stimmgabe enthielt. Eine lebhafteste Debatte hatte der Antrag des Deutschen Klubs zur Zulassung der deutschen Sprache in den Plenar- und Kommissionssitzungen erregt. Korjantch sprach sich grundsätzlich gegen den Antrag aus. Bei der Abstimmung wurden 21 Stimmen gegen und 21 Stimmen für den Antrag abgegeben, so daß die deutsche Sprache damit und dem schlesischen Sejm ausgeschlossen ist. Die den Antrag hatte der Deutsche Klub, der sozialistische Klub und die beiden kommunistischen Klubs.

Über den Antrag der Regierungsparteien, eine Begrenzung der Sejmarbeiten vorzunehmen, wurde auf Antrag Korjantch zur Tagesordnung übergegangen. Die Sitzung wurde, ohne daß die Tagesordnung vollkommen erschöpft war, nach der Annahme der Geschäftsordnung auf den kommenden Freitag vertagt.

Reichskabinetts und Notopfer. / Verhandlungen mit den Parteien erst nächste Woche.

Der preussische Vorschlag im Reichsrat.

Berlin, 18. Juni.
Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, werden die Verhandlungen des Reichskabinetts mit den Parteien über das Notopfer erst in der nächsten Woche beginnen. In Berlin, die der Reichsregierung nahestehe, wird entschieden bestanden, daß das Notopfer nach den vorerwähnten Entschlüssen der Demokraten und der Deutschen Volkspartei als erledigt gelten könne. Das geht schon aus der Tatsache der in Aussicht genommenen Verhandlungen hervor, die den Zweck haben, mit den Parteien eine Einigung über Abänderungsvorschläge und Befreiung besonderer Härten, namentlich für Heilbehörden, zu erzielen. Zunächst aber wartet das Kabinett es ab, wie sich die Dinge im Reichsrat entwickeln. Dafür ist der vorerwähnte Vorschlag des preussischen Kabinetts von besonderem Interesse.

Jedenfalls kann man feststellen, daß das Reichskabinett weiter zu dem Gedanken steht, das höchste Notopfer zu geben. In Kreisen der Reichsregierung sieht man die Meinungsverschiedenheiten mit den Parteien auch keineswegs als so störend an, daß nicht eine Einigung möglich wäre. Dabei verweist man auf die Entschlüsse der Reichstagsparteien, die sich einem Appell an die Beamten erwidern, sich der Notlage des Reiches nicht zu verschließen. Unter diesen Umständen rechnet das Kabinett darauf, daß die Verhandlungen der nächsten Woche durchaus zu einer Verständigung führen werden. Der Kanzler betrachtet das Projekt des Notopfers als einen Vorschlag des Gesamtkabinetts, das sich in noch am Freitag ausdrücklich zu ihm bekannt hat. Unter diesen Umständen ist auch gar nicht daran zu denken, daß Reichsfinanzminister Dr. Woldenbauer zurücktritt. Das Kabinett will vielmehr die Verhandlungen mit aller Energie weiterführen und zwar in enger Verbindung mit der Herabsetzung des Preis- und Lohnniveaus.

Vorschläge der Wirtschaftspartei für den Reichsanstalt.

Berlin, 18. Juni.
Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat an den Reichskanzler Dr. Brüderl ein Schreiben gerichtet, in dem der Standpunkt der Wirtschaftspartei zu den aktuellen politischen Fragen zum Ausdruck gebracht wird. Die Wirtschaftspartei fordert darin, daß Neu-

anforderungen für die Erwerbslosenversicherung neben einer grundlegenden Reform durch Abträge an anderen Stellen des Etats, nicht aber durch Erhöhung der steuerlichen Belastung aufgebracht werden müssen. Weiter wird ein Antrag auf eine fünfprozentige Senkung der Gesamtausgaben angekündigt. Eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung könne die Wirtschaftspartei nur zustimmen, wenn durch Neuverteilung der Beiträge der Krankenkasse die Gesamtausgaben nicht erhöht werden. Die Befreiung der Angehörigen der Wirtschaftspartei von der Arbeitslosenversicherung ist eine Änderung der Verordnungsordnung im Reich, Ländern und Gemeinden für notwendig, wobei jedoch die Familien- und Kinderzulagen aus sozialen Gründen unangetastet bleiben sollen. Die Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung sollen in Realitäten, im besonderen in Grundbesitz auf Roggenrot, gegeben werden. Über die Frage der Arbeitslosenversicherung wird die Partei demnächst eine besondere Besondere einreichen. Schließlich wendet sich das Schreiben dagegen, ein eventuell abgegebendes Notopfer durch neue, die Wirtschaft schädigende Steuern oder durch die Erhöhung bestehender Steuern befristet wird.

Tagung des Reichsländerbundes.

Leipzig, 18. Juni.
Im weiteren Verlauf der Tagung des Reichsländerbundes machte in besonderen Auftrage des Vorsitzenden der Vizepräsident Bürgermeister Bremer-Werben nach einmal auf die großen Gefahren aufmerksam, die in dem stetigen Anwachsen der Wohlfahrts-Lohnverhältnisse liegen. Er nannte dieses Problem die Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Nach längerer Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der mit Nachdruck auf die steigende Belastung der Gemeinden durch die Wohlfahrts-Erwerbslosen hingewiesen und die unersättliche Übernahme dieser Kosten auf das Reich als unerlässlich bezeichnet wird, wenn der finanzielle Zusammenbruch der meisten Gemeinden vermieden werden soll. In Erkenntnis der gemeinsamen Finanznot von Reich, Ländern und Gemeinden ist, so heißt es weiter, der Reichsländerbund zur opferbereiten Mitarbeit an einer planmäßigen Aufgabenteilung der öffentlichen Körperlichkeiten bereit.

Preußens Deckungsvorschläge.

Demokratische und volksparteiliche Bedenken.

Berlin, 18. Juni.
Die Vorschläge Preußens zur Deckung der Fehlbeträge im Reichshaushalt werden vom Amtlichen Preussischen Presseblatt in folgender Form veröffentlicht:
Die preussische Staatsregierung befaßt sich am Dienstag mit der Vorlage der Reichsregierung zur Deckung der Fehlbeträge im Reichshaushalt und im Haushalt der Reichsanstalt für Erwerbslosenfürsorge.
Die preussische Staatsregierung befaßt sich am Dienstag mit der Vorlage der Reichsregierung zur Deckung der Fehlbeträge im Reichshaushalt und im Haushalt der Reichsanstalt für Erwerbslosenfürsorge.
Die preussische Staatsregierung befaßt sich am Dienstag mit der Vorlage der Reichsregierung zur Deckung der Fehlbeträge im Reichshaushalt und im Haushalt der Reichsanstalt für Erwerbslosenfürsorge.

In den Abänderungsvorschlägen, welche die preussische Regierung zu den Steuererleichterungen

Woldenbauer im Reichsrat stellen wird, teilt der „Demokratische Zeitungsdienst“ als Auffassung der demokratischen Reichstagsfraktion u. a. mit:

Innerhalb der demokratischen Reichstagsfraktion bestehen die Bedenken fort, trotz gewisser Erleichterungen, die die preussischen Vorschläge bringen. Auch die Vorschläge der preussischen Staatsregierung stellen in der neuen Form eine Aufrechterhaltung von Sonderlasten zur Deckung des Fehlbetrages auf einzelne Volksschichten vor, und gerade solche Sonderlasten hat die demokratische Reichstagsfraktion ausdrücklich abgelehnt.

Auch die preussischen Vorschläge entbehren einer inneren Begründung. So kann z. B. nicht eingeleitet werden, warum die Beamtenselbstversicherung mit dem Arbeitnehmerbeitrag in Höhe von 2,25 v. H. an den Beitragszahlungen für die Arbeitslosenversicherung beteiligt werden sollen; an den Versicherungsleistungen sollen sie jedoch nicht teilnehmen.

Der Vorschlag der preussischen Staatsregierung, die Ledigensteuer noch zu steigern, wird ebenfalls keine Gegenrede finden.

Die volksparteiliche DZB erklärt zu den preussischen Vorschlägen: Diese Vorschläge sind, namentlich soweit sie sich auf das Notopfer beziehen, noch bedeutlicher als die ursprünglichen Woldenbauerschen Vorschläge. Es ist ein absurder Gedanke, daß Beamte und Angestellte für eine Versicherung zahlen sollen — und zwar auf unabsehbare Zeit —, ohne daß sie irgendwelche Leistungen haben, an den Leistungen dieser Versicherung teilzunehmen.

Diese neue, ebenfalls nur schlecht geformte Verteidigung des alten Gedankens einer Sonderbelastung der Beamten und Angestellten hat keine Aussicht, von den Parteien angenommen zu werden, die das bisherige Notopfer abgelehnt haben. Infolgedessen werden auch die parlamentarischen Schwierigkeiten durch diesen „Kompromißvertrag“ in keiner Weise verringert.

Die Eröffnung der Tagung der russisch-deutschen Schlichtungskommission.

Koskau, 18. Juni.
Beim Austausch der Begrüßungsansprachen zur Eröffnung der Tagung der deutsch-russischen Schlichtungskommission gab Stomonjalski der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen einen guten Erfolg zeitigen würden. U. a. führte er aus, die Aufgabe der Schlichtungskommission werde durch die vortausgegangenen diplomatischen Verhandlungen erleichtert, in denen eine Anzahl Fragen geklärt und der Grundlag abgemacht worden sei, daß eine grundsätzliche Verständigung der Staatssysteme die günstige Weiterentwicklung der Grenzschlichtungsbeziehungen nicht behindern dürfe. Der Arbeit der Schlichtungskommission lägen Verträge zwischen der UdSSR und Deutschland zugrunde, die sich im Laufe vieler Jahre bewährt hätten. Zum Schluss gab Stomonjalski der Erwartung Ausdruck, daß es den vereinten Anstrengungen nicht nur gelingen werde, die Streitfragen zu lösen, sondern daß die Arbeit der Schlichtungskommission auch eine neue Stufe zur weiteren Befestigung der russisch-deutschen Beziehungen darstellen werde.

Namens der deutschen Delegation erwiderte auf diese Ansprache der Führer der deutschen Delegation Reichsminister a. D. v. Raumer. Er dankte für die freundliche Begrüßung, auf der hervorgehe, daß völlige Übereinstimmung in bezug auf die Aufgaben der Schlichtungskommission bestehe. Er gab der Überzeugung Ausdruck, daß einmalige Schwierigkeiten, die sich bei den Verhandlungen ergeben sollten, in dem Maße beseitigt würden, den der russische Vertreter vorher zum Ausdruck gebracht habe.

Finanzminister Woldenbauer über die Deckungsvorlagen.

Berlin, 18. Juni.
Der Reichsratsausschuß begann heute mit der Generaldebatte über den Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Arbeitslosenversicherung und die Deckungsvorlage der Reichsregierung. Der Reichsfinanzminister Dr. Woldenbauer nahm zu Beginn der Sitzung das Wort zu einer kurzen Begründung der Deckungsvorlagen. Er wies darauf hin, daß die Durchführung

R